

Korrespondent.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
In Abhängigkeit von unsern Ausgabenstellen, bei Bestellung ins Haus durch unsere Ausreiter in
— und auf dem Lande außerdem Postenlohn, durch die Post 120 Pfd. außer 42 Pf.
— Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Wochentagen nachmittags.
— Besondere unserer Originalverbindungen ist nur mit deutlicher Quellenangabe gestattet.
— Wir wünschen unermüdet Einladungen, übernahmen wir keine Verbindlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8seitig, illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Beilagen oder deren Raum für Merseburg und Um-
gebung 10 Pf., sonstige Anzeigen 20 Pf., auswärts 30 Pf.,
20 Pf. im Restanteil 40 Pf. Bei komplizierteren Satz entsprechend. Beilagen-
gebühr für Einzelbeilagen und Lieferantent. für Anzeigen und Offiziersanfragen
besondere Berechnung, nach Anordnung mit Belegzettel. Erfüllungsort Merseburg.
— Annahmestelle für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher, letztere
Anzeigen bis spätestens 9 Uhr. Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags.

Nr 152.

Mittwoch den 2. Juli 1913.

40. Jahrg.

Wehr- und Dedungsvorlagen angenommen!

In einer denkwürdigen Sitzung hat am Montag der Reichstag den gewaltigen Komplex der Wehrvorlage und ihre Dedung zum Abschluß gebracht und sich bis zum 20. November vertagt.

Zunächst stand auf der Tagesordnung die Novelle zum Militärstrafgesetzbuch, die mildere Umstände bei Meuterei und Aufrühr einführen sollte und die durch das harte Erörter Urteil besonders dringlich geworden war. Nach längeren Verhandlungen, die am Sonnabend und am Montag zwischen den Parteien und den Vertretern der Reichsregierung stattfanden, hatte man sich auf ein Kompromiß geeinigt, wodurch in minder schweren Fällen der genannten Verbrechen bis auf sechs Monate bezw. ein Jahr Gefängnis herabgegangen werden dürfte. Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg gab die Erklärung ab, daß er zwar im Augenblick nicht im Namen der verbündeten Regierungen sprechen könne, aber für den Antrag im Bundesrat eintreten werde. Darauf wurde dieser Antrag in allen drei Lesungen mit allen Stimmen gegen die des Abg. Kreth (f.) angenommen, nachdem die Konservativen durch den Abg. v. Bodo-Hausen eine etwas lindenahmige Erklärung hatten abgeben lassen, daß sie durch die Zustimmung zu diesem Antrag kein Präjudiz schaffen wollen.

Darauf wurden die zurückgestellten Abstimmungen zur Wehrvorlage vorgenommen. Der Antrag auf Wiederherstellung der getriebenen drei & a vallerie-Regimenter wurde zum großen Erfreuen des Hauses sehr rasch mit den Stimmen der Rechten, der Nationalliberalen und fast aller Zentrumsa-geordneten angenommen. Dies wurde stürmischen Jubel auf den Regierungsbänken. Das Gesicht des Kriegsministers v. Heeringer strahlte förmlich und Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg schüttelte dem Kriegsminister lebhaft erfreut die Hand.

Dann wandte man sich der dritten Lesung des Finanzgesetzes zu. Namens der Sozialdemokraten gab Abg. Haase eine kurze Erklärung ab, daß seine Partei das Gesetz über die Änderung im Finanzwesen ablehne, weil der Kriegszuschlag erhöht und die verpfändete Ermäßigung der Zundersteuer dem Volke vorzuziehen wäre. Die Sozialdemokratie könne ferner gegen die Änderung des Reichszuschlags, da der Mittelstand ungerecht dadurch belastet werde. Dagegen werde sie für den Wehrbeitrag und die Vermögenszuwachssteuer stimmen, weil hier der Anfang einer Reichsvermögenssteuer und Erbschaftsteuer zu erblicken sei. Mit dieser Erklärung war die Generaldebatte erschöpft. In der Einzelberatung wurde ein vom Abg. Waldstein (Sp.) begründeter Kompromißantrag angenommen, wonach Steuerfreiheit nicht eintritt, wenn der Veräußerer eines Grundstücks den Grundstückshandel gewerbmäßig betreibt. Angenommen wurde ferner ein Antrag Wassermann-Erzberger, wonach der Anteil der Einzelstaaten an der Erbschaftsteuer von einem Viertel auf ein Fünftel herabgesetzt wird.

Nunmehr folgte die dritte Lesung des Vermögenszuwachssteuergesetzes. Abg. Graf Westarp (f.) begründete noch einmal den ablehnenden Standpunkt seiner Partei unter Hinweis auf die verfassungswidrigen und haatsrechtlichen Bedenken, die schon Graf Schwerin-Löwis bei der zweiten Lesung dargelegt habe, sowie unter Hinweis auf die Verstärkung des Bundesbeschlusses und der landwirtschaftlichen Weltorganisation. Demgegenüber sprach Abg. Schuck (Sp.) die Zustimmung seiner Freunde zu dem Gesetze aus, weil sie die Wehrvorlage nicht gefährden wollen und die Dedung auf andere Weise nicht durchsetzen können. Damit war die allgemeine Aussprache erledigt. In der Einzelberatung wurde zunächst ein sozialdemokratischer Antrag auf Quotierung des Vermögenszuwachses abgelehnt, nachdem Abg. Fischer (Wp.) die Annahme dieses an sich berechtigten Beschlusses im gegenwärtigen Stadium der Beratungen und mit

Nähsicht auf die ganze Gestaltung des Gesetzes für unmöglich erklärt hatte.

Bei der Frage der Steuerpflicht der Fürsten, die darauf zur Debatte gestellt wurde, begründete Abg. Dr. Jund (nl.), nachdem der Reichskanzler ganz kurz um Befreiung der Fürsten über die Steuerpflicht der Fürsten gebeten hatte, eine Erklärung der Nationalliberalen, wonach sie nunmehr gegen die Steuerpflicht der Fürsten stimmen werden, um nicht das nationale Wert der Wehrvorlage in Gefahr zu bringen. Dabei sei aber die Forderung der Ansicht, daß die deutschen Fürsten schon nach dem geltenden Staatsrecht der direkten Besteuerung durch das Reich unterliegen. Die Wirtschaftliche Vereinigung brachte eine Resolution ein, in der eine Vorlage über das steuerliche Verhältnis der Bundesfürsten zum Reich gefordert wird und die Abg. Behrens begründete. Nachdem die Sozialdemokraten Haase und die nationalliberale Erklärung als einen glatten Unfall bezeichnet hatten, wurde die in zweiter Lesung beschlossene Steuerpflicht der Bundesfürsten mit 195 gegen 169 Stimmen wieder genehmigt.

Dann wurden noch die zurückgestellten Abstimmungen zum Wehrbeitrag im Sinne der Kompromißparteien erledigt und in der Gesamtabstimmung u. n. u. sowohl der Wehrbeitrag, als das Gesetz über Änderung im Finanzwesen gegen die Sozialdemokraten, Polen und Estländer angenommen.

Die Endabstimmung über die Vermögenszuwachssteuer war eine namentliche und ergab die Annahme mit 280 gegen 63 Stimmen der Rechten bei 29 Stimmenthalten der Polen und Estländer. Endlich wurde auch das Reichssteuergesetz gegen die Sozialdemokraten und Polen angenommen, womit die ganze mühselige und schwierige Arbeit erledigt war.

Präsident Dr. Kaempf würdigte in feierlicher Ansprache die große Bedeutung der eben zum Abschluß gebrachten Beratungen und wies auf die beinahe als unüberwindlich angesehenen Schwierigkeiten hin, denen der Reichstag sich gegenüber befand. Nur dem festen Willen des Parlamentes sei es zu danken, daß die Schwierigkeiten in einer des Deutschen Reiches würdigen Weise überwunden wurden. Der Reichstag könne nunmehr mit dem Gefühl erfüllter Pflicht in die Ferien gehen und die Hoffnung hegen, daß die schweren Opfer dazu beitragen werden, der Welt den Frieden zu bewahren. Abg. Wassermann (nl.) dankte dem Präsidenten für seine gerechte Geschäftsführung und die umfängliche Förderung der gewaltigen Aufgaben, worauf Präsident Dr. Kaempf diesen Dank auf den gesamten Vorstand des Reichstages und die Beamten des Hauses übertrug.

Schließlich sprach noch Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg die Hoffnung aus, daß das eben geschaffene große Werk der Nation zum Heile dienen und den Frieden sichern werde. Dann verlas er den Verabredungsbericht des Kaisers, worauf Präsident Dr. Kaempf das übliche Kaiserhoch ausbrachte und die Sitzung schloß.

Nach Schluß der Sitzung stieg der Reichskanzler die wenigen Stufen von der Bundesratsstraße zum Sitzungssaal hinauf und ging auf den Abgeordneten Wassermann zu, dem er lebhaft die Hand schüttelte. Dann wandte er sich an den Abg. Spahn, den Vorsitzenden der Budgetkommission, dem er noch länger und lebhafter mit wiederholtem Händedruck seinen Dank ausdrückte.

Keinen Pfennig Einkommensteuer und dennoch Wähler erster Klasse.

Vor den Landtag wählen haben wir berichtet, daß ein Rittergutsbesitzer im Kreise Siegnitz keinen Pfennig Einkommensteuer gab und doch bei den Landtagswahlen Wähler der ersten Abteilung gewesen ist.

Der betr. hiesige Großgrundbesitzer nennt ein Gut von 430,8 Hektar Fläche sein eigen, und zwar 390,1 Hektar

Acker, 14,5 Hektar Wiese, 13 Hektar Holz, 2,5 Hektar Garten und 10,7 Hektar Weide mit einem Grundbesitzer-Reinertrag in Höhe von 14737 Mk. Auf dem Gute befinden sich eine Brennerei, eine Dampfmoikerei, eine drehpflüchtige Zuckherde und ein Schloß, dessen Inneneinrichtung an die 70000 Mk. gekostet hat. Und doch hat er kein Einkommen zu versteuern. Bei Aufstellung der Wählerliste mußten ihm wie dem armen Hofarbeiter 3 Mk. als fingierter Satz eingestellt werden. Er war aber der erste Wähler der ersten Abteilung seines Unwahlbezirks, weil ihm die Grund- und Gebäudesteuer mit 1567,31 Mk. angerechnet worden mußte, sein Oberinspektor blieb mit seinen 149,20 Mk. Staatssteuern Wähler der untersten Klasse.

Die konservative und agrarische Presse behauptete dann, daß der betreffende Rittergutsbesitzer das Gut am 1. Januar 1911 erworben und sofort bauliche und kulturelle Veränderungen und Neuanschaffungen vorgenommen habe, die erhebliche Ausgaben neben den Kaufs- und Erwerbskosten verursachten. Diese Ausgaben seien als Abzüge in dem vorliegenden Falle von der Steuerbehörde gebilligt worden. Nach § 8 des Einkommensteuergesetzes III, 1 sind aber jene Abzüge nicht „recht und gemäßigt und durchaus gerecht“. Der § 8 bestimmt vielmehr: Nicht abzugsfähig sind insbesondere Verbindlichkeiten zu Verbefinerungen und Vermehrung des Vermögens, zu Geschäftserweiterungen, Kapitalanlagen oder Kapitalabzügen, soweit nicht unter I und II Ausnahmen zugezogen sind.

Wie nun der „Siegnitzer Anzeiger“ berichtet, hat der preussische Finanzminister Kenntnis von diesem Fall erhalten und ihm besondere Aufmerksamkeit geschenkt. „Nach der Bestätigung zu urteilen, die in den Kreisen, die es angeht, herrscht, dürfte die Verfügung des Ministers alles andere als eine Anerkennung des von der konservativen Presse als „recht und gemäßigt und durchaus gerecht“ bezeichneten Verfahrens enthalten. Wenn die vom Minister aus Anlaß des vorliegenden Falles in Aussicht gestellte Revision der Tätigkeit der Veranlagungskommission und ihres Vorsitzenden im Landkreise Siegnitz eingehend vorgenommen wird, dann dürfte, wie das Blatt schreibt, noch eine ganze Reihe von Fällen an das Tageslicht kommen, in denen die großen Herren auf dem Lande es nicht ernst nehmen mit der Warnung: „Weiß dem Kaiser, was des Kaisers ist“. Vielleicht stößen die Revisionen auch auf Fälle, in denen Großgrundbesitzer auf ihre Güter Hypotheken aufgenommen und das Geld bei Banken oder in gut verzinslichen Papieren angelegt haben, um es bei der Steuerdeklaration nur auf die niedrigsten Sätze zu bringen. Bekannt geworden ist ja vor kurzem, daß ein solcher Großgrundbesitzer aus dem Kreise Siegnitz sein Einkommen jahrelang mit 1000 Mk. deklarierete und demnach 6 Mk. Einkommensteuer bezahlte, plötzlich aber bei dem großen Banksturz in Jauer eine Forderung von 150000 Mk. zur Konkursmasse anmeldete.“

Vielleicht entschließt sich, wie der „Siegnitzer Anzeiger“ weiter schreibt, auch der Finanzminister — gedroht soll er haben — von der ihm zuteil werdenden Möglichkeit, für den Landkreis Siegnitz einen technischen Vorbedienten Beamten als Veranlagungskommissar anzustellen, Gebrauch zu machen.

Politische Seiltänzerei.

Rosa Luxemburg setzt ihre Tätigkeit, dem sozialdemokratischen Parteivorstand gegenüber den Kopf zu waschen, in der „Polizier Volkszeitung“ unermüdet fort. Sie löst betnahe darüber, daß die Parteileitung „ängstlich geworden, durch den Lärm der Genossin Luxemburg — die Idee des Massenstreiks plötzlich wieder propagierte, um zu zeigen, daß er nicht schlafe und resistent auf Demonstrationen verzeigte. Rosa Luxemburg bittet: Wenn nichts mehr hilft, dann „machen wir“ einen Generalstreik — das ist so recht die rohe Auffassung des Anarchismus... Speziell in Preußen greift man jetzt von allen Seiten zur Idee des Massenstreiks deshalb, weil jede Hoffnung auf die Ergiebigkeit der parlamentarischen Aktion, auf die Unterstützung der Arbeit-

ralen geschwunden ist, weil die jämmerliche Haltung und der reaktionäre Charakter des Liberalismus im ganzen Reich, namentlich auch wieder in den Kämpfen um die Militärvorlage zeigt, daß die Arbeiterklasse ganz allein auf sich angewiesen ist, der vereinigten bürgerlichen Reaktion gegenüber isoliert dasteht. In dem gleichen Moment aber, wo in der Subjektionskommission die Liberalen, statt gemeinsam mit der Sozialdemokratie fortschrittliche Bestrebungen dem Zentrum und den Konfessionsparteien aufzutragen, hinter dem Rücken der Sozialdemokratie mit dem Zentrum ein Steuerkompromiß zur Schöpfung der junkerlichen Interessen schließen, — in diesem Moment in Baden mit denselben Liberalen einen Wahlloos zur Zerkümmern der „Herzhaft des Zentrums“ abschließen, in Süddeutschland sich an monarchischen Kundgebungen beteiligen und in Preußen den Massenstreik proklamieren, vor wenigen Monaten dem Westmann Solowig im Reichstag das Vertrauen der Sozialdemokratie in der am nächsten März die Politik ausprechen und ein halbes Jahr darauf die Waffen auf der Straße rufen —, das ist politische Selbsttäuschung, das ist Selbsteigenspolitik, die nur geeignet ist, der Sozialdemokratie sowohl im Parlament wie auf der Straße ein Fiasko zu bereiten. Die Anwendung des Massenstreiks garantiert durchaus noch nicht den Gelingen und die Wirksamkeit der sozialdemokratischen Aktion im ganzen. Wird der Massenstreik zum Beispiel verknüpft mit einer Taktik, die allgemeine Unentschlossenheit mit vereinzelten energiegelassenen Vorstößen, gelegentliche Massendemonstrationen parlamentarischen Illusionen in Bezug auf die Wirkung des Abstraktismus paart, die Waffen nach Belieben hin und her schieben will, sie bald ins Feuer schießt, bald wieder mitten in der Schlacht abwirft, dann kommen die Massenstreiks auf ohnmächtiges Experimentieren hinaus, die trotz des größten Opfermutts schädlich schreien müssen. Die Schicksale des belgischen Wahlrechtskampfes seit zehn Jahren sollen in dieser Hinsicht ein warnendes Beispiel für die internationale Sozialdemokratie sein. „Nicht der Massenstreik in irgendeinem bestimmten Fall an sich ist das Entscheidende, sondern die politische Offenheit in der Gesamthaltung der Partei, eine Taktik, die in der Kampfperiode auf allen Gebieten die äußerste Taktik entwickelt, auf alle Provokationen der Gegner sofort antwortet, in jedem Moment die Energie und den Kampfmuth des Proletariats aufs höchste steigert.“

Frau Rosa Luxemburg gibt auch die Mittel an, wie man die preussische Wahlrechtsreform überwinden kann. Die folgenden Sätze sind, wie wir hinzufügen möchten, nicht höhlich gemeint:

Hätten wir bis jetzt eine kräftige offensive Taktik befolgt, hätte man beispielsweise zum Zarenbesuch in Berlin einen eintägigen Protestmassenstreik veranstaltet, wie solche Kundgebungen von Malen in anderen Ländern vorgenommen sind, hätte man zum Kaiserjubiläum, statt sich — wie das Zentralorgan — beinahe zu entschuldigen, daß sich das Proletariat an der Feier nicht beteilige, im ganzen Reich republikanische Massendemonstrationen gemacht, so würde das, obwohl nicht direkt mit der preussischen Wahlrechtsfrage verbunden, die Position unserer Partei und die Organen unserer Kampfes sowohl im Reich als in den preussischen Wahlkreisen wie auch im Kampfe gegen die Militärvorlage bedeutend gestärkt haben.

Die Lage auf dem Balkan. Neue Grenz kämpfe zwischen Bulgaren und Serben.

In die einseitige Still: der Verhandlungen zwischen Bulgarien und Serbien dröhnt von neuem das Echo von scharfen Schüssen. Man hat sich je allmählich an diese Schießereien gewöhnt, aber es scheint sich doch jetzt um ernstere Zwischenfälle zu handeln als bisher, wenn nicht gar um den Ausbruch des offenen Bürgerkrieges. Gegen die Annahme einer derartigen Zuspitzung des Konfliktes spricht allerdings der Umstand, wie bei den früheren kleinen Schießereien zutage tretende Gegenstand in der beiderseitigen Darstellung. Wie bisher, will niemand der Angreifer gewesen sein, sondern jeder schiebt dem anderen die Schuld an dem Zwischenfälle zu. Eine Fortsetzung dieses unaufrichtigen Verdictespiels wäre doch wohl eher kaum denkbar für den Fall, daß einer der beiden Teile mit bewußter Absicht den Krieg beginnen will. Wenn man nun auch aus diesem Grund: geneigt sein möchte, nur an eine zufällige Steigerung des bisherigen Kleinkrieges zu glauben, so gibt doch allerdings die in der bulgarischen Darstellung enthaltene Meldung von gleichzeitigen Kämpfen mit den Griechen zu denken. Die serbische Darstellung lautet nach einer offiziellen Meldung aus Belgrad vom 30. Juni folgendermaßen:

Die Bulgaren führten heute nach einem Überfall auf die serbischen Truppen in der Richtung auf Skopje aus. In den ersten Morgenstunden fand der Angriff auf Metza und Sclawo statt. Der Kampf dauerte fort. Außerdem griffen die Bulgaren die Serben bei Balandema an, was von serbischer Seite als Beweis dafür angesehen wird, daß die Bulgaren ohne Kriegserklärung die Feindseligkeiten begonnen haben.

Der dritte Bericht aus dem Hauptquartier von Skopje lautet:

Die Bulgaren begannen auch mit einem Angriff auf der ganzen griechischen Front. Auf der serbischen Seite dauert der nachts von den Bulgaren begonnene Kampf auf der ganzen Linie vom Uspnjung des Jotomajflusses bis nach Skopje fort. Einzelheiten sind noch nicht bekannt. An den Kämpfen nehmen auf beiden Seiten größere Infanteriemassen und Kavallerie teil.

Eine bereits vom Sonntag baltete Meldung der „Agence Bulgare“ aus Sofia berichtet in sehr starkem Gegensatz dazu folgenden Tatbestand:

Das Hauptquartier erhielt heute abend die Meldung, daß die Serben starke Infanterie- und Artilleriemassen auf ihren vorgeschobenen Linien bei der Bahnstation Kowolow, nicht weit von Skopje und bei der Station Dondow zusammengezogen haben. Die zwischen Skopje und Skopje aufgestellten serbischen Truppen erschienen heute ein wohlgeordnetes Feuer auf die bulgarischen Vorposten. Man konnte auch bemerken, daß starke serbische Infanteriemassen in die erste Linie geschoben wurden. Die Bulgaren erwiderten das Feuer. Das Ergebnis des Gefechts ist noch nicht bekannt.

Ein anderes Gefecht wurde heute nördlich von Zestera geliefert, wo die Griechen, die bedeutende Verstärkungen erhalten hatten, ein besonders heftiges Feuer auf Abteilungen bulgarischer Truppen eröffneten, welche die bei Gemalnos und Longaritel aufgestellten Mannschaften abließen wollten. Es entspann sich ein hartnäckiges Gefecht, dessen Ausgang man noch nicht erfahren hat.

Die griechisch-bulgarischen Kämpfe.

Nach in der Nacht im bulgarischen Hauptquartier eingetroffenen Nachrichten wurden bulgarische Truppen bei Prawitschia Sonntag abend gegen 8 Uhr durch ein heftiges Geschützfeuer aus der Richtung von Tomja überfallen. Sie eilten den vorgeschobenen Abteilungen zu Hilfe und wargen sich unter Hurraufen mit dem Bajonett auf die angreifenden Griechen, die sich in großer Unordnung zurückzogen und dabei den Ort Zestera in Brand stießen. Die Bulgaren verfolgten sie bis Katschischk. Der Angriff der Griechen war am heftigsten auf der Seite von Wochstank-Gemalnos und begann die wahrscheinlich, die Eisenbahnverbindung zwischen Serres und Drama zu unterbrechen. Die Bulgaren verfügten in dieser Gegend über Truppen von hinlänglicher Anzahl.

Weitere gegenseitige Verdächtigungen.

Die Bemühungen der Streitenden, einander vor dem Ausbruch noch Verdächtigungen zu verdrängen und anzuschwären, dauern weiter fort. Die „Agence Bulgare“ verbreitet folgendes Telegramm: Die Polizei in Saloniki hat einen Bulgaren verhaftet, der ein Fläschchen mit Choleraazillen bei sich trug, um die Stadt zu verfeuern. Der Anschlag hat tiefergehende Erregung hervorgerufen.

Gleichzeitig wird aus Wien berichtet, daß die Insel Rhodos in Flammen steht. Nach einer bulgarischen Meldung haben die Griechen am Kap Sant Georgios den Wald angezündet.

Kämpfe zwischen Serben und Bulgaren bei Gewegli.

Saloniki, 30. Juni. Seit heute früh findet in der Nähe von Gewegli ein Kampf zwischen Serben und Bulgaren statt, in den bisher vier Regimenter verwickelt sind.

Von zutändiger Seite wird bestätigt, daß die bulgarischen Truppen am Vormittag Gewegli besetzt haben, nachdem die serbischen Truppen vor der Ufermacht der Bulgaren zurückgewichen waren.

Die Saue in Saloniki.

Saloniki, 30. Juni. Die hier befindlichen bulgarischen Truppen wurden von den griechischen Militärbehörden aufgefordert, die Waffen abzulegen. Es werden Unruhen befürchtet, doch hat man von griechischer Seite alle Maßnahmen getroffen. Auch ist die Stadt vorläufig ruhig.

Eine griechische amtliche Darstellung.

Athen, 30. Juni. Das amtliche Pressebureau veröffentlicht folgende Depesche aus Saloniki: „Die bulgarische Armee begann den allgemeinen Angriff gegen die griechischen und serbischen Streitkräfte. In der durch die Serben besetzten Grenzlinie und rüdte gegen Metzois, Bodanza und Gewegli vor. In der Annahme, daß Gewegli von Bulgaren besetzt sei, übergriff die bulgarische Armee gleichfalls die im griechisch-bulgarischen Protokoll festgelegte Grenze bei dem Pangaeonengebirge und marschierte auf Elestherat, wobei sie die in Elestherat stationierte griechische Kompanie abholte. Eine griechische Abteilung wurde in Zale Metzois angegriffen und so sich auf Zalei zurück. Von der Kompanie in Elestherat liegen keine anderen Nachrichten vor, als daß gestern abend um 6.50 Uhr 20 Kanonenschüsse gegen den Ort abgegeben worden sind. Heute früh 4 Uhr wurde nördlich von Bodanza auf dem linken Ufer des Bardarflusses Geschützfeuer bemerkt. Drei bulgarische Regimenter aus Dourance griffen auf dem linken Ufer des Bardarflusses bei Metzois die serbischen Vorposten an. Bulgarische Artillerie beschießt die auf dem rechten Ufer befindlichen Besatzungen. Um 5 Uhr früh wurde ein griechischer Posten, der 12 Kilometer von Katschischk entfernt in der Nähe von Skindra stand, angegriffen. Um 7.45 Uhr morgens griff ein bulgarisches Bataillon den griechischen Posten bei Nigrita an. Um 8.30 Uhr rückten die Bulgaren gegen das Bagolizitser vor.“

In zutändiger Stellen wird erklärt, daß der bulgarische Angriff gegen die griechisch-serbische Front

lange vorbereitet worden sei. Die griechische Regierung hat alle Maßnahmen getroffen, um die Sicherheit des eroberten Landes zu sichern, erhalten die Regierung eine amtliche Nachricht über die Kriegserklärung Bulgariens liegt aber noch nicht vor. Der Minister rat hat beschlossen, heute abend in Sofia energiegeland Protest gegen die neue Verletzung des Demarationsprotokolls einzulegen. Die öffentliche Meinung ist über das Verhalten der Bulgaren unermessend.

Bereithaltung der griechischen Flotte.

Athen, 30. Juni. Die Flotte ist in Saloniki abgerufen. Die Flotte hat Befehl erhalten, mit größter Beschleunigung nach Thessalon und Elesthera abzusammeln.

Ein serbischer Kurier angehalten.

Belgrad, 30. Juni. Das Serbienkurier meldet: Der serbische Kurier, der gestern aus Sofia nach Sarobod abgegangen ist, ist nicht nach Sofia zurückgekehrt. Wahrscheinlich haben ihn die Bulgaren angehalten und ihm die amtliche Post abgenommen.

Serbien's Zustimmung zum russischen Schiedsgericht.

Belgrad, 30. Juni. Bei der heutigen Beantwortung der Interpellation in der Tschupkina sagte Ministerpräsident Raditschew, nachdem die serbische Regierung die Überzeugung erlangt hatte, daß das russische Schiedsgericht auf einer breiten Basis erfolgen und der serbisch-bulgarische Konflikt gleichzeitig mit dem griechisch-bulgarischen Konflikt verhandelt werden wird, beschloß sie, das russische Schiedsgericht anzunehmen. Der serbische Staatspräsident wird sowohl in dem serbisch-bulgarischen Notenwechsel als in dem der russischen Regierung zu unterbreitenden Memorandum dargelegt. Zudem die serbische Regierung dem Schiedsgericht zustimmte, verbleibt sie auf dem Standpunkt, der im letzten Exposé festgelegt wurde. (Beifall und Heulstößen folgen.)

Indem die Interpellanten Liberar, Marinowitsch und Drastirer gesprochen hatten, wurde die Debatte auf morgen vertagt.

Politische Übersicht.

Esterreich-Ungarn. In Wien ist Sonnabend der ungarische Ministerpräsident Tissa bei der durch seine Veranlassung zum Ministerpräsidenten notwendig gewordenen Wahl zum Abgeordnetenhaus gegen den oppositionellen Kandidaten Graf Andar Szeghény mit 2470 gegen 1563 Stimmen wiedergewählt worden.

Frankreich. Der Angel an Offizieren, an dem die französische Kriegsmarine leidet, hat sich wieder bei der Zusammenkunft des Stabes des neuen Oberkommandos „Com d'Etat“ gezeigt. Das Schiff hat ankant der vom Kommandant vorgebrachten 33 Vorschlagskandidaten nur 2 und anstatt der 13 Schiffsbefehrer nur 8 erhalten.

England. In Londoner diplomatischen Kreisen verläutet, daß der Staatsminister des Auswärtigen Amtes, Lord Grey, die Angelegenheiten des Balkans nicht nur als ein Problem betrachtet, sondern als ein Problem, das sich auf die Zukunft der europäischen Welt auswirken wird. Die zwischen der englischen Regierung und den französischen Staatsmännern während der Reise des französischen Präsidenten nach London geführt wurden. Die Note sollte bereits am Montag früh den französischen Vorgesetzten werden. Die Verhandlungen hätten sich nicht allein auf die europäische Frage beschränkt, sondern sich auch auf die des östlichen Orients, Afrika und der Mittelmeeranlegenheiten erstreckt. — Der Serzag vor Sonnabend hat nach Meldung aus London die Verhängung seiner Amtsperiode bis Generalleutnant von Gerners auf ein Jahr angesetzt. Er wird sich im Herbst wieder nach Canada begeben. — Die Suffragettenführerin Frau Bantburn veranlaßte Sonntag nachmittags in London am Trafalgar Square eine Kundgebung. Darauf folgte, begleitet von einer Menge von 2000 Menschen, unter der sich zahlreiche Frauen befanden, in der Richtung nach Downing Street und dem Wohnhaus des Königs. Der Polizei gelang es, die Demonstranten auseinanderzutreiben, wobei fünf Personen verhaftet wurden.

Norwegen. Nach Meldungen aus Christiania hat das Storting Sonnabend mit 99 gegen 16 Stimmen die Genehmigung des Abkommens mit der Vereinigten Staaten über die Errichtung einer drahtlosen Telegraphenverbindung mit Norwegen und Amerika erteilt und gleichzeitig 2 Millionen Kronen für eine drahtlose Station in Stavanger bewilligt.

Spanien. Alcala, 30. Juni. Das Kanonenboot „Recoleta“ ist mit den letzten durch befreundete Schiffe ausgelieferten Gefangenen vom Kanonenboot „Cordoba“ hier angekommen. — Der sozialistische Führer Salas erklärte in einer Rede, die er in Valencia in einer von 3000 Personen besetzten Protestversammlung gegen den maroffanischen Feldzug hielt, er fordere die Regierung auf, die Revolution der französisch-spanischen Arbeiterbewegung zu verlangen. Die Sozialisten veranstalteten nach der Versammlung auf der Straße Kundgebungen und riefen: „Nieder mit dem Krieg!“ Die Polizei schritt ein und nahm mehrere Verhaftungen vor.

Portugal. In Lissabon hielt die Kammer am Sonntag eine Sitzung ab, um die Arbeiten morgen bis zum 2. Dezember vertagen zu können. Die Kammer sprach mit 69 gegen 24 Stimmen dem Kabinett für Resignation aus.

Argentinien. Die Schiedsgerichtsverträge der Vereinigten Staaten mit Japan, Schweden und Portugal, die demnach abzulehnen wären, sind durch Protokolle, die von Bryan und den betreffenden diplomatischen Vertretern unterschrieben worden sind, vertagt worden. — Der Plan der Union Pacific, die in der Vereinigten Staaten Union Pacific Eisenbahn, der mit Billigung des Präsidenten Wilson zwischen dem Generalstaatsanwalt und dem Beamten der Bahn zustande kam und dem Bundesgericht in St. Paul vorgelegt werden wird, ist jetzt veröffentlicht worden. Er besticht mit der Veröffentlichung dem letzten Sonnabend. Die in dem Plan vorgeschriebenen Transaktionen müssen am 1. November 1913 beginnen und bis zum 1. Januar 1916 vollendet sein.

Südbamerika. In Rio de Janeiro wurden Dolfo Freire, der Präsident der monarchistischen Liga, und seine Frau ermordet aufgefunden. Man nimmt an, daß ein Mordanschlag vorliegt.

Vor dem Verderben

durch Schimmel und Gärung wird alles Eingemachte sicher geschützt, wenn man zum Einmachen von Früchten aller Art und Frucht säften

Dr. Oetker's „Einmache-Hilfe“

1 Bäckchen 10 Pfg., 3 Bäckchen 25 Pfg. verwendet. Dies ist das billigste, einfachste und doch vorzügliche Verfahren.

Jede Hausfrau

in den Geschäften. Wenn vergriffen, schreibe man eine Postkarte an

erhält Dr. Oetker's bewährte Rezepte zum Einmachen von Früchten umsonst

Dr. A. Oetker, Nahrungsmittelfabrik, Bielefeld.

Verbrennungs-Särge

aus Metall und Holz, sowie großes Lager eisener und tieferer Wagensärge

Metall-Särge

Sarg-Magazin von O. Scholz & Co., Merseburg.
Gothardstr. 34. Tel. 458. Gothardstr. 34

Persil



das selbsttätige Waschmittel

Stärkewäsche

wird an den Rändern nicht so leicht rauh, da Persil allen Schweiß, Schmutz und Staub ohne Reiben und Bürsten von selbst löst und vollkommen beseitigt. Also grösste

Schonung des Gewebes

bei garantierter Unschädlichkeit.

Überall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF.
Auch Fabrikanten der silberbeliebten

Henkel's Bleich- Soda



Gämtliche Farben

zum Anstrich von Fußböden, Fenstern, landw. Geräten, Wagen, Maschinen etc., sämtliche Fußböden, Möbel-, Eisen- und Leder-Lacke, gar. rein. Leinwand, Schablonen, Pinsel und Dedenbürsten empfiehlt in bestem 1. Qualität zu billigen Preisen.

Rich. Ortmann Nachfolger,
Schmale Str. 15. Fernspr. 253.

! Billiges Angebot !

Empfehle einen Werten Hemdentuch, 80 cm breit, das Meter zu 43 Pfg.

10 Meter Mk. 4.25

Diese Qualität eignet sich für Wäsche aller Art, ist äußerst haltbar und vorzüglich in der Wäsche.

Theodor Freytag.

Eine wirklich ideale Erfindung ist das

Alum.-Wasserschiff „Caldor“

Jede Hausfrau, die auf Gas etc. kocht, sollte nicht vorankommen, dieses Wasserschiff zu kaufen.

Stets heißes Wasser umsonst! Ohne extra Brennstoffmaterial erhält man in 15-20 Minuten 2,5-4 Ltr. sauberes, siedendes Wasser.

Otto Bretschneider

Kleine Ritterstrasse Eisen-, Haus- u. Küchengeräte

Empfehle mein Spezialgeschäft für

Fahrräder

und Teile

sowie meine gut

eingerichtete

Reparatur-Werkst.

Richard Gärtner,



Merseburg, Unter-Alt-nberg 4

Unreiner Teint,

Pickel, Mitesser, Mitlen usw. verschwinden sehr schnell, wenn man abends den Schaum von Jader's Patent-Medijanal-Seife, a Stk. 50 Pfg. (15%ig) u. 1,50 Mk. (35%ig, härteste Form) eintrocknen läßt. Schaum erst morgens abwischen und mit Butirof-Creme (a 50 Pfg. 75 Pfg. 2c.) nachstreichen. Großartige Wirkung, von Tausenden bestätigt. Bei W. Kiesel, A. Niebe und A. Kupper, Drogerien.

Mit Riesenschritten



hat sich Kavalier das beste Schuhputzmittel Eingang verschafft in den weitesten Kreisen! Warum! Weil „Kavalier“ das Leder durchaus nicht angreift, nicht abfärbt, wasserdichten Hochglanz gibt und das Leder geschmeidig macht!

Unlen-Augsburg

Elegante Wohnungs-Einrichtungen,

einzelne Speise-, Schlafzimmer, Ferrenzimmer, vornehme Klubzimmer, Klubsessel, Teppiche sowie einzelne Stücke liefert in modernster, gediegener Ausführung unter strengster Diskretion leistungsfähige, grosse Berliner Spezial-Möbel-Firma an Private zu Katalogpreisen gegen 5% Verzinsung auf

Teilzahlung.

Kein Inkasso durch Boten, Kataloge werden nicht versandt. Langjährige Garantie. Da unsere Vertreter ständig ganz Deutschland bereisen, erbitten gefl. Nachricht, wenn der unverbindliche Besuch behufs Vorlegung von Mustern und Zeichnungen erwünscht ist, unter Off. Nr. K 1000 durch Rudolf Mosse, Berlin, Königsstr. 69/67.

Zarter Teint über Nacht!

TERAS

Hautcreme, Teintfrei

Tube M. 2,- und 1,-
Creme Teras Seife, feinste Toiletteseife mit angenehmem Parfum Stück Mk. 0,50.
H. F. . . . schreibt: Senden Sie mir bitte wieder 3 grosse Tuben, Ihr Creme ist vorzüglich gegen Sonnenbrand und ausserst wohltuend.

Depot in Merseburg: Central-Drog. Rich. Kupper, Markt 17.

Mein jedes Jahr nur einmal stattfindender

Grosser Saison-Ausverkauf

hat Dienstag den 1. Juli d. J. begonnen.

In diesem bietet sich aussergewöhnlich günstige Gelegenheit, gute, moderne Qualitäten in Kleiderstoffen, Seidenstoffen, Wollmousselin, Waschstoffen Fert. Kleidern, Kostümen, Kostümröcken, Blusen, Paletots Jacketts, Staub- und Regenmänteln, Umhängen, Unterröcken zu enorm billigen, teils über die Hälfte ermässigten Preisen einzukaufen.

Halle a. S.,
Leipzigerstrasse
97.

Theodor Rühlemann.

Halle a. S.,
Leipzigerstrasse
97.

Siehe 2 Beilagen.

Wagen für Merseburg.
Für diesen Teil übernimmt die Redaktion den Publikation gegenüber keine Verantwortung.

Das Obererlassgeschäft findet nach einer Bekanntmachung des Kgl. Landratsamtes hier selbst vom 12. Juni d. J. 12, 14, 16, 18 und 17. Juli d. J. im Thüringer Hofe hier selbst statt. Hierbei kommen zur Vorstellung:

1. Die zur Disposition der Erlassbehörden entlassenen Mannschaften, über welche endgültig zu entscheiden ist.
2. Die zur Zeit des Versetzungsgeschäfts noch vorläufig beurlaubten Rekruten.

3. Die zum einjährig-freiwilligen Dienst Berechtigten, welche a) wegen häuslicher Verhältnisse ihre Verechtung von der aktiven Dienstpflicht beantragen, b) von den Truppen- bzw. Marine-Teilen abgewiesen worden sind.

4. Die für dauernd unbrauchbar erklärten Mannschaften.
5. Die für Landsturm 1 vorge-schlagenen Mannschaften.

6. Die zur Ersatzreserve ange-setzten Militärpflichtigen.
7. Die für brauchbar erklärten Militärpflichtigen.

8. Die nach der Rekruten-musterung aus anderen Bezirken hier nachgezogenen Mannschaften und die, welche sich in diesem Jahre überhaupt noch nicht ge-stellt haben.

Die Militärpflichtigen hiesiger Stadt machen sich auf das Ober-erlassgeschäft mit den Bemerkten aufmerksam, daß a) die Militär-pflichtigen mit reingewaschenem Körper und reinem Hemd zur Aushebung zu erscheinen haben, b) gegen ungebührlich ausbleibende oder zu spät erscheinende Mann-schaften die gesetzlichen Strafen zur Anwendung gebracht werden, c) ihre alsbaldige Unterbringung in ein Krankenhaus sofort ge-legendlich der Aushebung erfolgt, falls sie mit einer bestehenden Krank-heit behaftet gefunden werden und sich nicht in ärztlicher Behandlung befinden.
Einsprüche gegen die auf Resolu-tion von der Ersatzkommission erteilten abweisenden Bescheide sind sofort an uns einzureichen.

Merseburg, den 20. Juni 1918.
Der Magistrat.

Stiftungsverpachtung.
Die diesjährige Nutzung des Hartobstes an den Kommunalan-plantagen vor dem Klauentor, hinter der Gedächtschule auf den früheren Buchhandelschen Grund-stücken an der Klauanlage, auf dem Gerichtsrain, auf der Land-straße Str., auf der Obstplantage hinter dem Gezerplatz, an der Tiergartenmauer und im Garten des häftischen Krankenhauses soll Sonnabend den 5. Juli 1918 10 Uhr vormittags im Ausschuss-Stun-gszimmer Rathhaus 1 Treppe öffent-lich an den Meistbietenden ver-pachtet werden. Nachmittige werden erlaubt, sich in diesem Termin pünktlich einzufinden. Die Bedingungen der Verpachtung werden im Termin bekannt ge-macht.
Merseburg, den 28. Juni 1918.
Die Deponomie-Deputation.

Weißenfeller Straße 41
Mit die Quartierwohnung, 6 Zimm., Küche, Bad u. Zubehör, wegen-schmal zu vermieten und 1. Okt. zu beziehen.

Obst-Verpachtung.

Die Hartobstnutzung an den Bäumen der Chauffee Artern-Merseburg-Station 49,0-48,7-47 bei Bündorf soll **Freitag den 4. Juli vormittags 9 1/2 Uhr** im Gasthofe zu Bündorf öffentlich meistbietend verpachtet werden. Bedingungen werden im Termin bekannt gemacht.
Merseburg, den 22. Juni 1918.
F. W. Krebhorn, Straßenmeister.

Galeische Straße 80
Wohnung, 4 Zimmer, Küche und allem Zubeh., elektr. Lichtanlage und etwas Garten zu vermieten und 1. 10. zu beziehen.

Wohnung, 1. Etage,
4 Zimmer, Küche u. Zubehör, Gas, ist zu vermieten und 1. Oktober zu beziehen
Annenstr. 2.

Grüer-Wohnung
ist zu vermieten und sofort oder 1. Oktober zu beziehen
Annenstr. 2.

Wohnung, 2 Stuben, Kammer,
Küche, Preis 210 Mk., zu ver-m., beziehb. 1. Oktober oder früher
Weissenfeller Str. 40, part.

Wohnung, 2 Stub., Kammer,
Küche mit Wasserleitg. u. sämtl. Zubeh., sofort zu vermieten und 1. Oktober zu beziehen. Zu er-tragen
Krautstraße 6, 2 Tr.

Wohnung, 5 Zimmer und Zu-behör, im ganzen oder geteilt zu vermieten.
Kleine Ritterstraße 14.

Stube, Kammer und Küche, passend für einzelne Dame, zu vermieten und 1. 10. zu beziehen
Kleine Ritterstraße 14.

Hof-Wohnung für 100 Mark
jährlich an ruhige Leute zu ver-mieten
Breite Straße 19.

Eine kleine Wohnung an ein-zelne Leute sofort oder 1. Oktober zu beziehen
Weinberg 7.

Freundl. Wohnung an ruhige
einz. Leute zu vermieten. Preis 40 Tr.
Breite Straße 3.

1. Etage, 2 Stuben, Kammer,
Küche, zum 1. Oktober zu beziehen
Delgrube 16.

Stube, Kammer, Küche und
Zubehör zu vermieten, 1. 10. zu beziehen. Zu erfr. i. d. Exp. d. Bl.

Eine Etage, 8 Stuben, 2 Kam.,
450 Mk., ist zu vermieten und 1. Okt. zu beziehen
Annenstr. 29.

Wohliertes Zimmer
zu vermieten
Burgstr. 15, 1 Tr.

Wohliertes Zimmer,
auf Wunsch mit Mittagstisch, zu vermieten
Delgrube 39, part.

Vom 1. Juli ab stehen in einer Auswahl

Ostpreussische u. Liffauer Pferde
im Gasthof „Drei Schwäne“ (Lauchstedter Str. 12) zum Verkauf.
Ernst Jauck,
Merseburg.
Pferdehandlung. Tel. 286.

5000 Mark
per sofort oder später auf sichere Hypothek auszuliehen. Gest. An-tragen an Carl Brendel.

Gasthof Hoheneina
(Kreis Delitzsch) mit Saal preis-wert zu verkaufen
A. Richter, Hoheneina
b. Klein Crotitz.

Gebrauchtes Fahrrad u
gebrauchte Nähmaschine
billig zu verkaufen
Deuar Maar, Entenplan 9.

Zimmer-Aquarium m. Tier-fischen
billig zu verkauf. Dom 10, pt. 1.

Gazefenster,
117 lang, 46 breit und 105 lang, 42 breit, im ganzen oder einzelnen billig zu verkaufen
Weissenfeller Str. 37, 1.

Billig
1 H. Rabentisch mit 2 St. 1 Fenster-tritt, 1 Staffelei, 1 Blumenkänder zu verkaufen
Schmale Str. 6.

Neue Kartoffeln
5 Tr. 55 Bfg.,
Richard Kahl,
empfecht

Einnache-Kirschen
empfecht
Rid. Teyper Neumarkt 45.

Alle Inserate
für auswärtige Zeitungen
befördert schnell und ohne Auf-schlag
Merseburger Korrespondent
Abt. Annoncen-Expedition

Hebamme Trautmann
wohnt
Grosse Ritterstrasse 31.

Mein diesjähriger

Pferde

Mein diesjähriger

Pferde

Mein diesjähriger

Pferde

Mein diesjähriger

Aufmerksame Bedienung. Mässige Preise.

Karl Tünzer

Adolf Schäfers Nachfolger
Merseburg. Entenplan 7.

Spezial-Geschäft für
Leinen- und Baumwollwaren,
Tischzeuge, Handtücher, Hauswäsche,
Bettfedern und Betten.

Solide Qualitäten. Grosse Auswahl.

Fernspr. 259.

Meine Wohnung habe ich
nach

Große Ritter-
straße 31

verlegt.
Karl Winzer,
Häute- und Fellhandlung.

Tivoli-Theater.
Heute, Anfang 8 1/2 Uhr.
Folkstümliche Ferkelzug zu
kleinen Preisen.
Gastspiel Frl. Festschüler.

Die Förster-Christl.
Mittwoch 8 1/2 Uhr. 3. letzten Male.
Ein Walzertraum.
Operette von D. Strauß.
„Franz Steingraber“ Frl. Steffi
Schüller a. G.
Donnerstag. Ober-Abend.
Zar u. Zimmermann.

Schießklub Centrum
Unsere Mitglieder und
werten Gäste zur gef. Kenntnis-
nahme daß von Mittwoch den
2. Juli 1918 unsere
Schießabende
im Neuen Schützenhause
stattfinden
Der Vorstand.

Kirchengemeinde des
Neumarktes.
Zusammenkunft der sonnt. mieren
Mädchen Mittwoch den 2. Juli
abends 8 Uhr im Wreashelm,
Wirtschäuler 10.

Radfahrer-Verein Jugendlust
Löplitz.
Sonntag den 6. d. M.

Stiftungsfest
verbunden mit Korfahrt,
Preisrücken, Preistegeln u.
Ball.
Es laden freundlich ein
Der Vorstand,
Schmidt, Gastwirt.

Arbeiter
sofort gesucht
Georg Gödel.

Ältere Mädchen oder
unabhängige Frauen
für Fabrikarbeit gesucht
Papierwarenfabrik
H. A. Plankenburg.

Ordentliches Dienstmädchen
sofort gesucht
Gottschardtstr. 48, 1.
Aufwärterin sofort ge-
sucht
Unter-Offenberg 5.

Saubere ehrl. Aufwartung
sucht per sofort
Thüringer Schokoladenhaus,
Kleine Ritterstraße 1.

Spartafunden auf den Namen
Otto Schreiber
lautend, verloren. Geg. Belohn.
abzugeben
Nolental 10.

Inventur-Ausverkauf

hat am 1. Juli begonnen.

Mit besonders grosser Preisermässigung sind in diesem Jahre in allen Abteilungen Waren-Bestände zum Verkauf
Auf alle nicht ermässigten Waren wird während der Dauer des Ausverkaufs ein **Ausnahme-Rabatt von 10%** gewährt (mit Ausnahme Garne) Jeder Einkauf ist somit lohnend und bedeutet eine grosse Geldersparnis.

Geschäftshaus
Otto Dobkowitz.
Merseburg. Entenplan 8.

Correspondent.

Bezugpreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Abholung von unsern Kreisbüchereien, bei Bestellung ins Haus durch unsere Stationen in
Gebiet und auf dem Lande außerdem Botenlohn; durch die Post 1,20 Mk. außer 42 Pf.
Nachsch. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Wochentagen nachmittags.
Bezug von unsern Originalen ist nur mit bestellter Postnachnahme gestattet.
Für Rückgabe unangelegter Einlieferungen übernehmen wir keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8 seitig, illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4 seit. landwirtsch. u. Handelsbl.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Zeitspaltel oder deren Raum für Werbung und
Umgebung 10 Pf. kleinste Anzeigen 25 Pf., ansonstige von Stelle
20 Pf. im Vorauszahl. 40 Pf. Bei fortwährender Satz entprechender Anzeigen
Gesamter für Einzelanfragen nach Lieferantenn. für Wochenanzeigen und Offertenannahme
besondere Berechnung, nach Anweisung mit Vorkaufslage, Erfüllungsort Merseburg.
Anzeigen bis 10 Uhr, Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags. Sonst

Nr 152.

Mittwoch den 2. Juli 1918.

40. Jahrg.

Wehr- und Deckungsvorlagen angenommen!

In einer denkwürdigen Sitzung hat am Montag der Reichstag den gewaltigen Komplex der Wehrvorlage und ihre Deckung zum Abschluß gebracht und sich bis zum 20. November vertagt.

Zunächst stand auf der Tagesordnung die Novelle zum Militärstrafgesetzbuch, die mildere Umstände bei Meuterei und Aufruhr einführen sollte und die durch das harte Exekutiv Urteil besonders dringlich geworden war. Nach längeren Verhandlungen, die am Sonnabend und am Montag zwischen den Parteien und den Vertretern der Reichsregierung stattfanden, hatte man sich auf ein Kompromiß geeinigt, wodurch in minder schweren Fällen der genannten Verbrechen bis auf sechs Monate bezw. ein Jahr Gefängnis herabgegangen werden dürfte. Reichsminister v. Bethmann Hollweg gab die Erklärung ab, daß er zwar im Augenblick nicht im Namen der verbündeten Regierungen sprechen könne, aber für den Antrag im Bundesrat eintreten werde. Darauf wurde dieser Antrag in allen drei Lesungen mit allen Stimmen gegen die am Abg. Kretsch (L.) angenommen, nachdem die Kontraventionen durch den Abg. v. Brodhagen eine etwas tendenziöse Erklärung hatten abgeben lassen, daß sie durch die Zustimmung zu diesem Antrag kein Präjudiz schaffen wollten.

Darauf wurden die zweifachfachen Abstimmungen für die Wehrvorlagen vorgenommen. Der Antrag auf Wiederherstellung der getriebenen drei Skaballerie-Regimenter wurde zum großen Erstaunen des Hauses sehr rasch mit den Stimmen der Rechten, der Nationalliberalen und fast aller Zentrumsabgeordneter angenommen. Dies weckte förmlichen Jubel auf den Regierungsbänken. Das Gesicht des Kriegsministers v. Seevingen strahlte förmlich und Reichsminister v. Bethmann Hollweg schüttelte dem Kriegsminister lebhaft erfreut die Hand.

Dann wandte man sich der dritten Lesung des Kinnauer Gesetzes Namens der Sozialdemo-

nächst auf die ganze Gestaltung des Gesetzes für unwidriglich erklärt hatte.

Bei der Frage der Steuerpflicht der Fürsten, die darauf zur Debatte gestellt wurde, begründete Abg. Dr. Zund (nl.), nachdem der Reichskanzler ganz kurz um Befreiung der Bestimmung über die Steuerpflicht der Fürsten gedenkte, eine Erklärung der Nationalliberalen, wonach sie nunmehr gegen die Steuerpflicht der Fürsten stimmen werden, um nicht das nationale Werk der Wehrvorlage in Gefahr zu bringen. Dabei sei aber die Faktion der Ansicht, daß die deutschen Fürsten schon nach dem geltenden Staatsrecht der direkten Besteuerung durch das Reich unterliegen. Die Wirtschaftliche Vereinigung brachte eine Resolution ein, in der eine Vorlage über das steuerliche Verhältnis der Bundesfürsten zum Reiche gefordert wird und die Abg. Behrens begründete. Nachdem die Sozialdemokraten Haase und Dr. David gegen die Resolution gesprochen und die nationalliberale Erklärung als einen glatten Unfuss bezeichnet hatten, wurde die in zweiter Lesung beschlossene Steuerpflicht der Bundesfürsten mit 195 gegen 169 Stimmen wieder gesprochen.

Dann wurden noch die zurückgestellten Abstimmungen zum Wehrbeitrag im Sinne der Kompromißpartei erledigt und in der Gesamtabstimmung sowohl der Wehrbeitrag, als das Gesetz über Änderung im Steuerwesen gegen die Sozialdemokraten, Polen und Schläfer angenommen.

Die Endabstimmung über die Vermögenszuwachssteuer war eine namenhafte und ergab die Annahme mit 280 gegen 63 Stimmen der Rechten bei 29 Stimmenthalten der Polen und Schläfer. Endlich wurde auch das Reichsteuergesetz gegen die Sozialdemokraten und Polen angenommen, womit die ganze mühselige und schwierige Arbeit erledigt war.

Präsident Dr. Kaempf würdigte in feierlicher Ansprache die große Bedeutung der eben zum Abschluß gebrachten Beratungen und wies auf die beinahe als unüberwindlich angesehenen Schwierigkeiten hin, denen der Reichstag sich gegenüber befand. Nur dem festen Willen des Parlamentes sei es zu danken, daß die Schwierigkeiten in einer des Deutschen Reiches würdigen Weise überwunden wurden. Der Reichstag könne nunmehr mit dem Gefühl erfüllter Pflicht in die Ferien gehen und die Hoffnung hegen, daß die schweren Opfer dazu beitragen werden, der Welt den Frieden zu bewahren. Abg. Wasser mann (nl.) dankte dem Präsidenten für seine gerechte Geschäftsführung und die umsichtige Förderung der gewaltigen Aufgaben, worauf Präsident Dr. Kaempf diesen Dank auf den gesamten Vorstand des Reichstages und die Beamten des Hauses übertrug.

Schließlich sprach noch Reichsminister v. Bethmann Hollweg die Hoffnung aus, daß das eben geschaffene große Werk der Nation zum Heile dienen und den Frieden sichern werde. Dann verlas er den Vertagungsbericht des Kaisers, worauf Präsident Dr. Kaempf das übliche Kaiserhoch ausbrachte und die Sitzung schloß.

Nach Schluß der Sitzung stieg der Reichskanzler die wenigen Stufen von der Bundesratsstraße zum Sitzungssaal hinauf und ging auf den Abgeordneten Wasser mann zu, dem er lebhaft die Hand schüttelte. Dann wandte er sich an den Abg. Spahn, den Vorsitzenden der Budgetkommission, dem er noch länger und lebhafter mit wiederholtem Sändedruck seinen Dank ausdrückte.

Reinen Pfennig Einkommensteuer und dennoch Wähler erster Klasse.

Vor den Landtagswahlen haben wir berichtet, daß ein Rittergutsbesitzer im Kreise Diegitz keinen Pfennig Einkommensteuer zahlte und doch bei den Landtagswahlen Wähler der ersten Abteilung gewesen ist.

Der betreffende Großgrundbesitzer nennt ein Gut von 430,8 Hektar Fläche sein eigen, und zwar 390,1 Hektar

Acker, 14,5 Hektar Wiese, 13 Hektar Holz, 2,5 Hektar Garten und 10,7 Hektar Weide mit einem Grundsteuer-Nennbetrag in Höhe von 14737 Mk. Auf dem Gute befinden sich eine Brennerei, eine Dampf m o l l e r e i, eine o s t p r e u ß i s c h e Z u c h t e r e i und ein Schloß, dessen Zurechnung an das 70000 Mk. getrieben hat. Und doch hat er kein Einkommen zu versteuern. Bei Aufstellung der Wählerliste mußten ihm wie dem ärmsten Hofarbeits 3 Mk. als fingierter Satz eingestellt werden. Er war aber der erste Wähler der ersten Abteilung seines Wahlbezirks, w o l l i g m die Grund und Gebäudesteuer mit 156731 Mk. angerechnet werden mußte, sein Oberinspektor blieb mit seinen 149,20 Mk. Staatssteuern Wähler der untersten Klasse.

Die konservativen und agrarische Presse behauptete dann, „daß der betreffende Rittergutsbesitzer das Gut am 1. Januar 1911 erworben und sofort bauliche und kulturelle Veränderungen und Neuanordnungen vorgenommen habe, die erhebliche Ausgaben neben den Kaufs- und Erwerbsteuern verursacht“. Diese Ausgaben seien als Abzüge in dem vorliegenden Falle von der Steuerbehörde gebilligt worden. Nach § 8 des Einkommensteuergesetzes III, 1 sind aber jene Abzüge nicht, „recht und gesetzmäßig und durchaus gerecht“. Der § 8 bestimmt vielmehr: Nicht abzugsfähig sind insbesondere Verwendungen zu Verbesserungen und Vermehrung des Vermögens, zu Geschäftserweiterungen, Kapitalanlagen oder sonstigen Anlagen, soweit nicht unter 1 und 2 Ausnahmen zugelassen sind.

Wie nun der „Diegitzer Anzeiger“ berichtet, hat der preussische Finanzminister Kenntnis von diesem Fall erhalten und ihm besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Nach der Bestätigung zu urteilen, die in den Kreisen, die es angeht, herrscht, dürfte die Verfügung des Ministers alles andere als eine Anerkennung des von der konservativen Presse als „recht und gesetzmäßig und durchaus gerecht“ bezeichneten Verfahrens enthalten. Wenn die vom Minister aus Anlaß des vorliegenden Falles in Aussicht gestellte Revision der Veranlagungskommission und ihres Vorsitzenden im Landkreise Diegitz eingehend vorgenommen wird, dann dürfte, wie das Blatt schreibt, noch eine ganze Reihe von Fällen an das Tageslicht kommen, in denen die großen Herren auf dem Lande es nicht ernst nehmen mit der Wohnung: „Obst dem Kaiser, was des Kaisers ist“. Vielleicht stößen die Revisionen auch auf Fälle, in denen Großgrundbesitzer auf ihre Güter Hypotheken aufgenommen und das Geld bei Banken oder in gut verzinslichen Papieren angelegt haben, um es bei der Steuerdeklaration nur auf die niedrigsten Sätze zu bringen. Bekannt geworden ist ja vor kurzem, daß ein solcher Großgrundbesitzer aus dem Kreise Diegitz sein Einkommen jahrelang mit 1000 Mk. deklarerte und demnach 6 Mk. Einkommensteuer bezahlte, plößlich aber bei dem großen Bankrott in Zauer eine Forderung von 150000 Mk. zur Konkursmasse anmeldete.“

Vielleicht entschließt sich, wie der „Diegitzer Anzeiger“ weiter schreibt, auch der Finanzminister — gedrückt soll er haben — von der ihm zustehenden Möglichkeit, für den Landkreise Diegitz einen technisch vorgebildeten Beamten als Veranlagungskommissar anzustellen, Gebrauch zu machen.

Politische Geillänzererei.

Nosa Luxemburg setzt ihre Tätigkeit, dem sozialdemokratischen Parteivorstand gründlich den Kopf zu waschen, in der „Diegitzer Volkszeitung“ unentwegt fort. Sie höhnt beinahe darüber, daß die Parteileitung — ängstlich geworden, durch den Lärm der Genossen Luxemburg — die Idee des Massenstreiks plötzlich wieder propagiere, um zu zeigen, daß er nicht schlafe und resigniert auf Demonstrationen verzichte. Nosa Luxemburg höhnt: Wenn nichts mehr hilft, dann „machen wir“ einen Generalstreik — das ist so recht die rohe Auffassung des Anarchismus. . . . Speziell in Preußen greift man jetzt von allen Seiten zur Idee des Massenstreiks deshalb, weil jede Hoffnung auf die Ergiebigkeit der parlamentarischen Aktion, auf die Unterstützung der Abge-



Wird dieses auf Veranlassung des Vermögenszuwachses abgelehnt, nachdem Abg. F i s c h e r (Wp.) die Annahme dieses an sich berechtigten Gedankens im gegenwärtigen Stadium der Beratungen und mit